

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1.00 Mark, für Darstellungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Am Höhepunkt

Die größten Schwierigkeiten unserer Volks- ernährung neigen sich ihrem Ende zu. Nur Tage noch trennen uns von der neuen Ernte. Alsdann werden Erleichterungen, wenn auch nicht sofort in großem Umfange, so doch allmählich eintreten.

Es darf keinem Zweifel unterliegen, daß wir gegenwärtig den Höhepunkt der Schwierigkeiten erreicht haben. Dieses kann nicht überraschen, ist nach Lage der Dinge — und wir haben sie zu nehmen, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten oder könnten — etwas ganz Selbstverständliches. Auch in Friedenszeiten macht sich in den letzten Monaten vor der Ernte eine gewisse Knappheit an bestimmten Lebensmitteln, z. B. an Kartoffeln, bemerkbar. Es kann daher nicht verwundern, wenn dieses jetzt in so hohem Maße in Erscheinung tritt.

Es wird eine der größten Taten des deutschen Volkes bleiben, sich durch diese Zeit durchgerungen zu haben. Es war ja nicht die englische Absperrungspolitik allein, die uns die Erschwernisse gebracht hat. Dahinzu trat die sehr ungünstige eigene Ernte des vergangenen Jahres. Der Himmel war uns leider nicht hold, als er uns im Frühjahr und Sommer 1915 soviel Sonnenschein schenkte. Die große Dürre brachte uns nicht nur eine große Missernte in Hafer, Gerste und Hülsenfrüchten, sie beeinträchtigte auch unsere Roggen- und Weizen-ernte wesentlich. Nach der amtlichen Statistik ernteten wir im vorigen Erntejahr 13 008 243 Tonnen Roggen und Weizen — 9 152 402 Tonnen Roggen und 3 855 841 Tonnen Weizen — gegen 16 878 350 Tonnen von beiden Getreidearten in 1913 — 13 222 394 Tonnen Roggen und 4 655 956 Tonnen Weizen. Mithin 3 870 107 Tonnen weniger von den beiden Brotgetreidearten allein. Weit schlimmer war es mit Hafer und Gerste. Gegen fast 10 Mill. Tonnen Hafer im Erntejahr 1913 ergab die Hafer-ernte in 1915 nur den Ertrag von 5 986 084 Tonnen, die Sommergerste blieb mit 2 488 753 Tonnen um 1,2 Millionen Tonnen gegenüber dem Jahre 1913 zurück. Roggen, Weizen, Hafer und Gerste zusammen genommen, ergaben einen Minder-ertrag von 9 Mill. Tonnen, gleich 180 Millio- nen Gentner gegenüber dem Jahre 1913. Die Heu-ernte betrug 24 Millionen Tonnen, sie war die drittschlechteste der letzten 10 Jahre und blieb um 5 Mill. Tonnen gegenüber dem Jahre 1913 zurück. Die Kleernte war gar die zweitschlechteste innerhalb des letzten Jahrzehntes — 7 731 829 Tonnen — und blieb nur noch hinter der des trockenen Jahres 1911 zurück.

Aus diesen Zahlen allein ergibt sich mit aller Schärfe, in welchem Umfange das für Menschen und Vieh, nach Wegfall der immerhin wesentlichen Ein- fuhr von Ernährungsmitteln, zur Verfügung stehende Quantum verringert wurde. Gemildert wurde es durch die Rekordkartoffelernte. Dies war aber auch das einzige Produkt für den erforderlichen Nahrungsmittelspielraum. Alle Lücken sollten mit ihm gestopft werden, und sind es auch in großem Umfange geworden. Daß daher nach Unterlassung der Sicherstellung des für die menschliche Ernährung nötigen Quantum sich in den letzten Monaten vor der neuen Ernte eine größere Kartoffelknappheit wie in Friedenszeit, ja teilweise eine Kartoffelnot bemerkbar machen muß, darf daher nicht weiter verwundern. Die menschliche Ernährung hat weit größere Mengen wie in normalen Zeiten beansprucht, auch mehr aber das Vieh. Gerade mit letzterem über befinden wir uns in einem gewissen Zwiespalt. Wir betonen und fordern, daß Menschenernährung vor Viehernahrung geht; andererseits empfinden wir so sehr den Mangel an Fett und Fleisch.

Die vorhandene Knappheit ist somit etwas Natürliches, etwas Unabänderliches. Sie hätte gewiß gemildert werden können durch eine bessere Ver- teilung, sie hätte erträglicher gemacht werden können durch eine andere Preisgestaltung. Wir brauchen darüber nichts zu sagen, wir haben über das „Eng- länderum“ unter den eigenen Volksgenossen unsere Meinung des öfteren in ungewöhnlicher Art zum

Ausdruck gebracht. Daran ändern wir auch in Zu- kunft nichts, weil es zum allerbedauerlichsten Kapitel des Krieges gehört. Was wir allerdings von den Regierungen, dem Kriegsernährungsamt, den kom- munalen Behörden endlich erwarten müssen — von der Einsicht der Interessenten wagen wir nicht mehr zu reden —, ist, daß sie alles tun, um jede mögliche Erleichterung gegenwärtig und für die neue Ernte herbeizuführen. Obst und Gemüse müssen gegenwärtig die Lücken stopfen, die Nahrungswendung ergibt sich von selbst. Die Regierenden müssen mit aller Schärfe gegen diejenigen einschreiten, die durch ihren persönlichen Eigennuß den Kampf des deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden so ungemein erschweren, ja seine siegreiche Durchführung überhaupt in Frage stellen.

Wir wollen aber heute nicht hierüber reden. Das wollen wir uns aufheben für eine andere Zeit, wo die freie Aussprache keine Gefahren für unser Volk mehr in sich birgt, wo wir aber auch handeln können. Wenn man dagegen einwenden wollte: Wir sollen also wieder die Einsichtigen sein, sollen über die harte Gegenwart unseren Blick in die Zukunft richten, während wir von eigenen Volksgenossen ge- preßt werden, um ihren Beutel zu füllen, so sagen wir: Gut, laßt sie es. Zunächst werden wir uns dagegen wehren, so gut wir es nur immer ver- mögen, das große Ziel aber soll und trotzdem nicht aus den Augen kommen. Zunächst müssen wir die Einsichtigen sein und unseren ganzen Willen danach einstellen. Wir wissen, um was es geht, wissen, was das deutsche Volk zu gewinnen und zu verlieren hat. Deshalb bleiben wir nicht am Tage haften, sondern blicken darüber hinaus in die Zukunft, die uns entweder ein am Boden Liegendes, ge- lichtetes Deutschland zeigt, mit einem Volk, dem man Arme und Beine schnürt, um es in seiner Betätigung zu hindern zum Wohle der Gegner, oder ein starkes und freies Deutschland, das sich in der Welt betätigen kann, wie es seinem Willen, und seiner Befähigung entspricht. Wir haben die Wahl zwischen Zwang und Tod, Leben und Freiheit. Deshalb müssen wir durchhalten. Wir müssen, wenn es auch schwer fällt, hungern können und unsere Feinde lassen, aber nicht unseren Willen beugen. Proben haben wir ihnen bereits davon geliefert, wir werden ihnen, wenn es sein muß, noch stärkere zeigen.

Zwei Jahre kämpfen wir nun gegen eine Welt von Uebermacht. Wir haben bewiesen, was deutsche Kraft und Intelligenz vermag. An allen Fronten sind wir Sieger geblieben, haben unsere Feinde geschlagen, ihnen ungeheure Mengen Gefange- nen abgenommen und weite Strecken ihres Landes besetzt. Im Augenblick sehen wir sie im konzentrischen Mörkern gegen uns auf allen Fronten. Was der Hungerungsplan nicht vermochte, das soll nun das Waffenglied entscheiden. Wir vertrauen darauf, daß wir uns ihrer nicht nur zu erwehren, sondern sie auch zu schlagen vermögen.

Der Sturm rast. Auf der Höhe der Lebens- mittelschwierigkeiten, auf allen Fronten der Ansturm unserer Feinde. Sollen wir die Opfer der zwei Kriegsjahre umsonst gebracht haben? Sollen die Lasten und Entbehrungen unserer Krieger, soll das viele Blut vergeblich, sollen die Trauer und die Schmerzen, der Hunger unserer Frauen und Kinder, alles um nichts gewesen sein? Dagegen beugt sich jedes deutsche Herz im Grimme auf. Nein! Nie! Was wir errungen, halten wir fest, dafür bringen wir jedes, selbst das schwerste Opfer.

Deshalb haben wir bis jetzt durchgehalten, und werden es in den letzten Wochen vor der neuen Ernte erst recht tun. Wir haben hierzu um so eher Veranlassung, weil uns ein reicher Erntesegen winkt. Unsere Ästern stehen in üppiger Pracht, und nicht allein bei uns, sondern auch bei unseren Verbündeten. In Oesterreich-Ungarn hat die Ernte bereits begonnen. Das ist uns Veranlassung, unsere Stimmung zu heben, unsere Herzen höher schlagen zu lassen, weil damit der englische Hungerungsplan endgültig erledigt wird. An dem militärischen Endsieg zweifeln wir nicht,

wer weiß, ob wir nicht an dem entscheidenden Punkte bereits angelangt sind. Es ist nicht deutsche Art, in schweren Zeiten den Kopf hängen zu lassen. Im Gegenteil: Je höher die Schicksalswogen schlagen, je härter es trifft, um so mehr schlägt sich der Wille zur Abwehr und zum Angriff. Das ist gute deutsche Art, sie soll und muß uns Leitstern in diesen Tagen Weltgeschehens sein, wo um die Zukunft unseres Vaterlandes, um das Wohlergehen unserer Frauen und Kinder, um unseren Fortschritt gewürfelt wird.

Die Vermögensabgabe und die Wacenumsatzsteuer

Bei den Beratungen über die Kriegsteuer wurde auch der Vorschlag von der Steuerkommission gemacht, ein weiteres Drittel des Wahrbeitrages zu erheben. Dieser Vorschlag hatte im Steuerausschuß eine knappe Mehr- heit erhalten. Der Ausführung dieses Gedankens aber stellten sich die verbündeten Regierungen entgegen, die festhalten wollten an der Einmaligkeit des Wahrbeitrages und außerdem einen Zugriff auf das bundesstaatliche Steuergebiet vermeiden wollten. Bei diesem Wider- stande von Seiten der Reichsregierung und des Bundes- rates war an eine Durchbringung des Kommissionsbe- schlusses leider nicht zu denken.

So kam es schließlich zu einem Kompromiß zwischen der Reichsregierung und den Bundesstaaten einerseits und den Parteien des Reichstages andererseits. Diese Ver- ständigung hatte den Beschluß einer Abgabe von Ver- mögen, das sich während des Krieges nicht vermehrt, aber auch nicht in stärkerer Weise vermindert hat, zur Folge. Diese Vermögensabgabe ist in die Kriegsteuer mit hineingearbeitet worden. Neben der Steuer von dem Vermögenszuwachs wird nun auch eine solche er- hoben von dem Vermögen, das sich in der Hauptsache gleich geblieben ist. Der § 9 des Kriegsteuergesetzes be- stimmt: „Die Abgabe beträgt von dem nach dem Besitz- steuergeetze für den 31. Dezember festgestellten Ver- mögen, insofern es neunzig vom Hundert des für den Beginn des Veranlagungszeitraums festgestellten Ver- mögens übersteigt, und soweit es weder der Besitzsteuer noch der Kriegszuwachssteuer unterliegt, 1 vom Hundert.“ Von dieser Abgabe sind befreit Vermögen, die 20 000 M nicht übersteigen. Abgabebeträge unter 10 M werden nicht erhoben.

Wer also am 31. Dezember 1916 ein Vermögen von mehr als 20 000 M aufzuweisen hat und weder der ge- wöhnlichen Vermögenszuwachssteuer noch der Kriegsge- winnsteuer unterliegt, ist steuerpflichtig, wenn sich sein Vermögen seit dem 1. Januar 1914 nicht um wenigstens 10 Prozent vermindert hat. Der Steuer wird dabei der Betrag unterworfen, welcher über 90 Prozent des am Anfang der Veranlagungsperiode, also am 1. Januar 1914 vorhandenen Vermögens hinausgeht. Von dieser Ueberhöhungsumme wird dann eine Abgabe von 1 Prozent erhoben.

Der Grundgedanke dieser steuerlichen Maßnahme ist folgender: Man sagt sich mit Recht: nicht bloß diejenigen, welche einen Vermögenszuwachs während dieses großen Krieges zu verzeichnen haben, sollen dem Reiche eine Steuer zahlen, sondern auch jene, deren Vermögen trotz des Krieges sich nicht vermindert hat. Auch sie danken die Erhaltung ihres Vermögens der aufopfernden Tätig- keit unserer Truppen. Wenn unser Heer nicht siegreich wäre, würden die meisten Vermögen sehr entwertet werden. Wenn es also gelungen ist, sein Vermögen auf dem alten Stand zu erhalten, oder doch mit einer Verminderung seines Vermögens von weniger als dem zehnten Teil davonzukommen, der soll auch etwas für das Reich geben. Die Form der Steuer ist ja gemäß eigenartig, indem ein nicht eingetretener Vermögensverlust, formell wenig- stens, zur Steuergrundlage gemacht wird. In Wirklich-

leit ist aber das Vermögen selbst die Steuergrundlage. Durch die eigenartige Konstruktion will man bloß Gärten der Steuer vermeiden. Praktisch ist es ja ziemlich dasselbe, ob man die jetzige Form wählt oder ob man sagt, die Vermögen, welche sich während des Krieges nicht vermehrt haben, werden einer Abgabe von 1 vom Tausend unterworfen; bei Vermögen, die sich während des Veranlagungszeitraums vermindert haben, tritt eine Ermäßigung der Steuer um 10 vom Hundert ihres Betrages für jedes Verminderungsprozent ein bis zur völligen Steuerfreiheit bei einer Gesamtverminderung des Vermögens um 10 Prozent. Die Billigkeit erfordert eben unter allen Umständen, daß man einen Unterschied macht zwischen Vermögen, die sich nicht vermindert haben, und solchen, die während des Krieges eine Einbuße erlitten haben. Uebrigens wird bei den größeren Vermögen die Zahl derjenigen nicht sonderlich groß sein, die sich während des Krieges verringert haben. Wohl aus diesem Grunde rechnet auch die Regierung mit einem Ertrag von 150 Millionen Mark aus dieser Abgabe.

An Stelle des von der Regierung gewünschten Quittungsstempels ist bei den letzten Steuerbewilligungen eine Besteuerung der Warenumsätze zum Gesetz erhoben worden. Alle diejenigen, welche gewerbsmäßig Waren verkaufen, auch die Land- und Forstwirtschaft, haben am Schlusse jedes Kalenderjahres die Höhe ihres Warenumsatzes, den sie während des verflossenen Jahres hatten, bei der Steuerbehörde anzumelden. Von dem Gesamtumsatz ist dann eine Abgabe von 1 vom Tausend, also beispielsweise bei einem Umsatz von 20 000 M eine Abgabe von 20 M zu entrichten. Betriebe, deren Jahresumsatz nicht mehr als 3000 M beträgt, bleiben von der Steuer frei. Befreit bleibt auch die Lieferung von Gas, Wasser und elektrischem Strom durch Reich, Staat und Gemeinde. Des weiteren fällt der Verkehr mit Zahlungsmitteln, also der Verkehr der Banken usw. nicht unter die Steuer. In Fällen, wo eine Warenlieferung außerhalb eines Geschäftsbetriebs oder von einem ausländischen Gewerbetreibenden erfolgt, wird ein Quittungsstempel in Höhe von 1 vom Tausend erhoben, jedoch nur, wenn die Zahlung den Betrag von mehr als 100 M ausmacht.

Der Umsatzstempel unterwirft also unter Berücksichtigung der angeführten Ausnahmen den gesamten Warenverkehr einer Besteuerung. Eine Gewerbesteuer, wie man vielfach von gegnerischer Seite diese Abgabe genannt hat, liegt dabei nicht vor, weil einmal auch die Erwerbszweige mit erfasst werden, welche nicht als Gewerbe im landläufigen Sinne zu verstehen sind, sodann aber auch, weil nicht die Tatsache eines Gewerbebetriebes, sondern lediglich die Tatsache des Warenumsatzes Gegenstand der Steuer ist. Gegenüber dem von der Regierung geforderten Quittungsstempel hat die Umsatzsteuer erhebliche Vorteile. Finanziell bringt sie etwa den dreifachen Betrag. Weiter war der Quittungsstempel gedacht als ein Feststempel von 10 oder 20 Pf., ohne Rücksicht auf die Höhe des wirklichen Umsatzwertes, während der Umsatzstempel wirklich nach der Höhe der Umsätze bemessen ist und dadurch dem Grundsatz der Gerechtigkeit nachkommt. Das wichtigste aber ist, daß der Umsatzstempel die Betriebsbelastigung vermeidet, die mit dem Quittungsstempel in so hohem Maße verbunden gewesen

wäre. Man stelle sich nur einmal vor, wieviel Arbeit und Scherereien es gemacht hätte, wenn in einem jeden Geschäft für jede Zahlung von mehr als 10 M eine eigene Quittung hätte ausgestellt und mit den nötigen Steuermarken hätte versehen werden müssen. Bei größeren Betrieben, welche Waren im kleinen verkaufen, hätte diese Tätigkeit wohl die Arbeitskraft eines ganzen Menschen erfordert, so daß für sie der Quittungsstempel, wenn sie ihn voll abgewälzt hätten, unter Umständen mehr Arbeitskosten verursacht hätte, als die Umsatzsteuer ausmacht. Das ist um so wichtiger, als wir gerade nach dem Krieg unser ganzes Erwerbsleben möglichst rationell einrichten müssen.

Viel gestritten wird beim Umsatzstempel um die Frage, ob derselbe auf den Verbraucher verlagert werden können. Bei ruhiger Würdigung könnte man dies vermehren, wenn die Steuer nicht zum Anlaß eines vielfachen Aufschlages genommen wird, wie wir es bei der Reichsfinanzreform in 1909 erlebt haben. Selbst wenn von einer Ware durchschnittlich vier- bis fünfmal der Umsatzstempel gezahlt werden müßte, bis er in die Hände des Verbrauchers kommt, so ist der Stempel beim Einzelverkauf immer noch so klein, daß er im Preise nicht ausgedrückt werden kann. Wenn beispielsweise das Pfund einer Ware 1 M kostet, so würde unter Berücksichtigung der verschiedenen Umsätze, die sie bereits durchgemacht hat, höchstens ein halber Pfennig Steuer darauf lasten. Aber auch bei größeren Umsätzen könnte die Abwälzung mehr als unwahrscheinlich sein. Verkauft beispielsweise jemand ein Stück Vieh für 350 M, so ist es praktisch ausgeschlossen, daß er nun mit Rücksicht auf die Umsatzsteuer 35 Pf. mehr verlangt. Zu sagen, die Steuer sei eine große Belastung des Gewerbes, geht ebensowenig an. Wenn jemand einen Warenumsatz von 100 000 M hat, so verdient er daran so viel, daß eine Steuer von 100 M nicht ins Gewicht fällt. Zudem besteht für jeden Gewerbetreibenden die Möglichkeit, durch rationellere Betriebsweise die Steuer einzusparen. Man braucht da bloß hinzuweisen auf die unvergleichbar größere Belastung, welche die deutsche Sozialgesetzgebung dem Gewerbe auferlegt hat und die es trotzdem nicht konkurrenzunfähig gegenüber dem Auslande gemacht, sondern gerade den technischen Fortschritt in hohem Maße gefördert hat. Mit der Umsatzsteuer ist ein neuer Weg in der Steuerreform eingeschritten worden. Man wird durch sie neue Erfahrungen sammeln und auch einen gewissen Ueberblick über unsere ganze volkswirtschaftliche Tätigkeit gewinnen können.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Ronrad Schlie**, Mitglied der Verwaltungsstelle Dönabrid; **Gefreiter Anton Schwarzkänder**, Mitglied der Zahlstelle Berne i. B.

Die Aussichten des Baugewerbes nach dem Kriege. Die „Bauwelt“ schreibt: Die sehr zuberfüllte Stimmung in gewerblichen Kreisen, die sich auch in der bekanteten Steigerung der Börsengeschäfte ausdrückt, veranlaßt eine große Anzahl von Bauplänen, an denen

bereits gearbeitet wird. Es dürfte damit zu rechnen sein, daß unmittelbar nach Friedensschluß eine außerordentliche Bautätigkeit, vorzugsweise auf dem Gebiete des Industriebaus und des mit ihm verbundenen Kleinwohnungsbaus, einsetzt.

Das **erhöhte Porto.** Wie mitgeteilt wird, tritt das Gesetz über die erhöhten Post- und Telegraphengebühren am 1. August 1916 in Kraft.

Gesamtverband deutscher Krankenkassen. Die Entwicklung des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen ist eine ausgezeichnete. Ende 1912 wurde er gegründet. Im Januar 1913 begann seine Tätigkeit. Bis zu Kriegsbeginn hatte er 288 Kassen in sich vereinigt, die sich zurzeit auf etwa 430 vermehrt haben. Dem Gesamtverband gehören sechs Unterverbände (Landesverbände) als Mitglieder an, und zwar die Verbände für Baden, Bayern, Rheinprovinz, Westfalen, Provinz Sachsen und die Provinz Schlesien. Weitere Neugründungen von Landesverbänden stehen bevor. Trotz des Krieges hat sich der Gesamtverband in letzter Zeit glänzend entwickelt. Der von ihm herausgegebene Geschäftsbericht, der 160 Seiten stark und von der Geschäftsstelle in Köln am Rhein, Venloerwall 9, zu beziehen ist, gibt Zeugnis von der umfangreichen Tätigkeit des Gesamtverbandes. Sein Verbandsorgan „Die Krankenversicherung“ hat eine Auflage von 2000 Exemplaren erreicht und kann sich damit wirklich an die Seite anderer viel älterer Fachblätter stellen. Es bringt stets aus der Feder der hervorragenden Autoritäten auf dem Gebiete des Versicherungsrechts und der Versicherungspraxis Aufsätze und gibt jährlich zwei- bis dreimal eine Uebersicht über die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, geordnet nach den einzelnen Abschnitten und Paragraphen der Reichsversicherungsordnung. Die Zeitschrift, die 6 M jährlich kostet und bei jeder Postanstalt oder bei der Verbandsgeschäftsstelle bestellt werden kann, ist ein gutes Orientierungswerk für alle, die sich mit den Fragen der Arbeiterversicherung, vor allem aber der Krankenversicherung, zu beschäftigen haben.

Die Höhe des angemessenen Gewinns ist nicht immer leicht festzustellen. Sie wechselt ungemein nach Art, Beschaffenheit und Herkunft der Waren. Noch größer ist ihr Unterschied im Großhandel, verglichen mit dem im Kleinhandel und in der reinen Gütervermittlung zulässigen Gewinnbeträgen; Agenten werden sich mit dem verhältnismäßig geringsten Gewinne begnügen müssen. Die Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise teilt hiermit übereinstimmend der Hauptleitung des Kriegsausschusses für Konsumgüter mit, „daß ein Nutzen von 20 Prozent, der lediglich einem Aufschlag bei der Weitergabe im Zwischenhandel ohne gegenüberstehende größere Kosten entspricht, als ganz wesentlich zu hoch anzusehen wäre. Derartige Weitergaben im Zwischenhandel, die die Ware in keiner Weise dem Verbraucher näherbringen, sind unseres Erachtens überhaupt in der Kriegszeit als durchaus unzulässig zu bekämpfen. Sie stellen sich als eine Handlung dar, die die Anwendung der Bundesratsverordnung betreffend unzuverlässige Personen vom 23. September 1915 rechtfertigen.“ Es käme vielmehr dem Gütervermittler ein Gewinn zu, der 1-3 v. H. nicht übersteigt, wenn die Tätigkeit der Agenten, namentlich im Nahrungsmittelhandel, heutzutage, z. B. beim Kettenhandel, nicht überhaupt zu verwerfen sei.

Zur **Bekämpfung des unlauteren Zwischenhandels** hat der Reichskanzler eine Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels erlassen, derzufolge der Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 1. August 1916 ab nur solchen Personen gestattet wird, denen eine Erlaubnis zum Betrieb dieses Handels erteilt worden ist. Dieses gilt auch für die Personen, die bereits vor diesem Zeitpunkt Handel mit Lebens- oder Futtermitteln getrieben

Su sollst nicht müßlos halten still
Bei halbem Bert und rufen voller Bangen:
Unmöglich ist's, duann, daß ich's angefangen!
Der Mensch kann alles, was er ernstlich will!
Leop. Böhmert.

Schweden und Norwegen

Zu den wenigen Ländern, die heute noch nicht direkt in den Weltkrieg hineingezogen worden sind, gehören die skandinavischen Staaten Schweden, Norwegen und Dänemark. Der größte dieser Staaten ist Schweden, dessen Gebiet so groß ist wie das der beiden größten deutschen Bundesstaaten, Preußen und Bayern, zusammen genommen. Jedes hat Schweden nur eine schwache Bevölkerung, insgesamt gegen 5 1/2 Millionen Einwohner, aufzubringen. In früheren Zeiten hat Schweden einmal eine sehr große Rolle gespielt. Dies war vor allem der Fall zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in dem Schweden unter seinem König Gustav Adolf eingriff. Im Schicksaligen Frieden von Brinnö 1648 überließ Schweden zwar nicht den größten, aber den besten Teil von Pommern, nämlich Stettin, Danzig und die vorher genannten deutschen Städte. Schweden war eine europäische Großmacht, von Dänemark, Preußen und Polen in gleichen Maße gefährdet. Als aber drei Jahrhunderte gegen den jungen König Karl XII. bestanden, begann der große schwedische Krieg (1700-1721), den Schweden schließlich verlor. Lange Zeit hat Schweden in Folge mit England gekämpft. Große Kriege, die heute zu England gehören, waren früher schwedischer Besitz, so insbesondere die

land. Bereits im 12. Jahrhundert war Finnland von den Schweden erobert worden, und sieben Jahrhunderte hindurch hat das Großfürstentum Finnland zu Schweden gehört, bis es im Jahre 1809 an Rußland verloren ging. Mit Finnland gingen damals auch die zwischen Rußland und Schweden am Eingange des Botsnjischen Meerbusens gelegenen Alandsinseln an Rußland über. Durch ihre Lage bilden die Alandsinseln eine natürliche Speerfestung für den ganzen Botsnjischen Meerbusen und eine Bedrohung der nahegelegenen schwedischen Hauptstadt Stockholm. Ueberhaupt bedeutete der Drang Rußlands zum Meere von jeher eine Gefährdung für Schweden wie auch für die übrigen skandinavischen Staaten. Allerdings hat sich Rußland damals vertraglich verpflichtet, die Alandsinseln nicht zu besetzen. Jedoch sind die Russen seit dem Spätherbst 1915 bereits eifrig damit beschäftigt, die Inselgruppe mit starken Befestigungsanlagen zu versehen.

In Schweden gehören 53 Prozent der Bevölkerung der Landwirtschaft, 29 Prozent der Industrie und 10,6 Prozent dem Handel an. Der Ackerbau steht in Schweden auf keiner besonders hohen Kulturstufe. Beim Getreide einfallen 462 Kilogramm eigener Ernte auf jeden Einwohner, etwa 60 Kilogramm auf den Einwohner müssen vom Auslande eingeführt werden. Dagegen ist die Vieh- und Milchproduktion sehr entwickelt. Die hauptsächlichsten Ausfuhrprodukte Schwedens sind Holz und Holzstoffe. Produkte der Industrie sind Eisen und Eisenprodukte. Das schwedische Land bringt die hochwertigsten Erze. Sehr bekannt ist auch die Industrie der schwedischen Glühlampen. Nach Deutschland führt Schweden besonders Erze und Erze (Schlacken), nach England hauptsächlich Granit und Eisen. Bei der schwedischen Ausfuhr stand früher England mit 29,10 Prozent an erster Stelle, Deutschland mit 21,91 Prozent an zweiter Stelle. Nach England führte Schweden Waren im Werte von 22 Millionen

Kronen aus, nach Deutschland für 171 Millionen, nach Rußland dagegen nur für 27 Millionen Kronen. Bei der Einfuhr nach Schweden stand im Jahre 1913 Deutschland mit 24,24 Prozent an erster, England mit 24,43 Prozent an zweiter Stelle. Sehr reich ist Skandinavien an natürlichen Wasserkraften, und wenn diese Kräfte künstlich mehr in elektrische Energie umgewandelt werden könnten, so dürften sich für den industriellen Aufschwung Skandinaviens noch große Aussichten ergeben.

Das skandinavische Meerestück sich hinziehende Norwegen ist ungefähr ebenso groß wie Preußen. Das Land in der Hauptsache aus Gebirgs- und Hüfienland besteht und, durch zahllose Meeresarme und Fjorde zerstückelt, in Tausende von Inseln und Halbinseln geteilt ist, ist es äußerlich schwächer, das Land dem Verkehr zu erschließen. Norwegen ist daher auch das eisenbahnärmste Land Europas. In dem von Natur recht unwirtlichen Lande leben 2,4 Millionen Menschen; das sind 7 Einwohner auf den Quadratmeter, also weniger als in jedem anderen europäischen Staate. Der Bevölkerungszuwachs ist schwach und wird noch durch die sehr erhebliche Auswanderung nach Amerika herabgedrückt. Norwegen war früher lange Zeit mit Dänemark vereinigt. Jedoch mußte Dänemark nach dem Sturze Napoleons im Jahre 1814 Norwegen an Schweden abtreten. Diese Abtrennung Norwegens von Dänemark geschah hauptsächlich auf Betreiben Kaiser Alexanders von Rußland zur Bestrafung dafür, daß der dänische König Friedrich VI. vorher zu sehr zu Napoleon gehalten hatte. Gleichzeitig glaubte Rußland den Schweden für Norwegen eine Art Schmerzensgeld geben zu können für das vorher den Schweden von Rußland entzogene Finnland. Seit 1814 waren also Schweden und Norwegen miteinander verbunden, und zwar in Form der Personalunion, d. h. sie hatten denselben Herrscher, jedoch hatte jedes Land

haben. Die Erlaubnis kann verweigert werden, wenn die Bewerber vollwirtschaftlicher Art oder persönliche oder sonstige Gründe der Erteilung entgegenstehen, oder wenn der Antragsteller vor dem 1. August 1915 mit Lebens- oder Futtermitteln nicht gehandelt hat. Wird die Erlaubnis verweigert oder zurückgenommen, oder wird der Handel unterjagt, so hat der Komunalverband, in dessen Bezirk sich die Hauptniederlassung befindet, die Kosten an Lebensmitteln zu übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Händlers zu vertreten. Wer ohne Erlaubnis mit Lebens- oder Futtermitteln Handel treibt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M bestraft. Derselbe Strafe trifft den, der den Preis für Lebens- oder Futtermittel durch unlautere Machenschaften, besonders durch Kettenhandel steigert. Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften sind verpflichtet, die Unterlagen für Anzeigen über Lebens- oder Futtermittel drei Monate aufzubewahren; die Aufnahme von Anzeigen zum Erwerb von Lebens- oder Futtermitteln oder zur Abgabe von Preisangeboten auf ist unterliegt der vorhergehenden Genehmigung der Volkshelbehörde.

Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz werden durch den Krieg auch sehr in Mitleidenschaft gezogen. Es ist das verständlich, weil auch in der Schweiz viele Mitglieder zu den Fahnen gerufen worden sind. Etwas ausgeglichen wurden die Verluste wieder durch den Anschluß der Buchdrucker-Gewerkschaft an die christliche Gewerkschaftsbewegung. Dieser Verband, der bis dahin seine eigenen Wege ging, hat sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen, um dort einen besseren Rückhalt zu finden. Die Finanzverhältnisse der einzelnen Verbände waren Ende 1915 folgende:

Verband	Einnahmen	Ausgaben	Gesamtvermögen
Holzarbeiter	8 560,10	15 712,53	31 911,66
Metallarbeiter	3 002,64	3 231,57	13 094,38
Textilarbeiter	4 398,08	2 621,68	8 544,39
Bauarbeiter	1 517,14	1 407,10	7 260,74
Maler	2 853,77	2 310,08	16 887,99
Buchhändler	1 519,85	1 868,—	4 942,70
Bekleidungsbranche	1 806,76	1 271,30	2 979,91
Gemischte Berufe	1 387,25	1 745,92	2 171,32
Buchdrucker	8 241,37	10 025,72	30 000,—
zusammen:	33 286,96	40 181,90	117 813,09

Einer Einnahme von 33 286,96 Fr. steht also eine Ausgabe von 40 181,90 Fr. gegenüber, während das Vermögen 117 813,09 Fr. beträgt. Für Unterstufungen wurden in den einzelnen Verbänden im Jahre 1915 ausgezahlt 19 746,05 Fr. Es sind das etwa 5000 Fr. weniger wie im Jahre vorher.

Ordnung in die Eierversorgung zu bringen, bedeutet eine Eingabe des Reichsausschusses für Konsumenteninteressen, in welcher durchführbare Vorschläge für die Anregung der Produktion gemacht werden. Daneben fordert die Eingabe mäßige Höchstpreise, um den Anreiz zu übertriebener Güternachfrage zu nehmen, ferner Höchstpreise für große Wirtschaftskreise und nach Produktionsgebieten gestaffelt, Höchstpreise von 18 bis 22 Pf., vereinfachte Organisation des Eierhandels mit Hilfe der Kommunalverwaltungen, Aufhebung aller lokalen Ausfuhrverbote, Konzentrierung des Eierhandels, Bestandaufnahme und Nationierung des Verbrauchs an Hand von Reichs-Eierkarten. Auch wird gefordert, daß die gesamte Eierfrage für den Winterbedarf in eine Hand gelegt werde.

Die deutsche Textilindustrie umfaßte 1913 über eine Million Arbeiter und erzeugte Werte von annähernd 5 Milliarden Mark, wozu sie eine ausländischen Rohstoffzufuhr von mehr als für 2000 Millionen Mark bedurfte. Unter den eingeführten Rohstoffen steht die Baumwolle an erster Stelle; für rund eine halbe Milliarde ist Baumwolle bezogen worden. Ihr folgt die Wolle mit

keine besondere Verfassung und Verwaltung. Diese Union wurde indessen im Jahre 1905 auf Betreiben Norwegens trotz des anfänglichen Widerstandes Schwedens gelöst. Seitdem bilden Norwegen und Schweden zwei völlig voneinander getrennte Staatswesen. Zum König des neugegründeten Reiches wählte die norwegische Volksvertretung Prinz Karl von Dänemark, der mit einer Tochter Eduards VII. von England verheiratet ist. Der neuerwählte König nahm den Namen Hakon VII. an und zog am 25. November 1905 in Christiania, der norwegischen Hauptstadt, ein.

Von der norwegischen Bevölkerung leben 44 Prozent vom Ackerbau, 27,5 Prozent von der Industrie, 17,4 Prozent vom Handel, Schifffahrt und Verkehr und 6 Prozent vom Fischfang. Die Ausfuhr norwegischer Waren nach Deutschland betrug 1913 gegen 66 1/2 Millionen Kronen, die Einfuhr deutscher Waren nach Norwegen 176 Millionen Kronen. Bei der Ausfuhr aus Norwegen steht England, bei der Einfuhr nach Norwegen Deutschland an erster Stelle. Ein Fünftel des norwegischen Landes ist Wald. Norwegen hat fast 7 Millionen Hektar Wald gegen 8 Mill. in Preußen. Für die landwirtschaftliche Kultur und Ruhung dienen nicht mehr als zwei bis drei Prozent der Landesoberfläche. Norwegen ist schon seit alten Zeiten ein Getreideimportierendes Land. Es bezieht etwa das Zwösfache seiner Weizenverbraucher, das Zehnfache seiner Roggenverbraucher, das Doppelte seiner Gerstenernte und ein Drittel seiner Haferernte vom Ausland. Ausfuhrartikel sind in Norwegen nur Holz, Fleis und Fische.

Wohl dem, der sich zur Treue gewöhnt im geringsten Geschäfte.
Der in allem sich gut, wohlwollend erweist und vernünftig, und dessen Zweck es ist, durch alles sich selbst zu veredeln!

Zur Beachtung! Sonntag, den 9. Juli ist der 19. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

369 Millionen, Seide mit etwa 150 Millionen, Jute mit 75 Millionen, Flach ebenfalls mit 75, Hanf mit 45 Millionen. Als Produktionsländer kommen in Betracht für Baumwolle: die Vereinigten Staaten von Nordamerika (16 Millionen Ballen = zwei Drittel der Welt-ernte), Britisch-Indien (5 Millionen Ballen) und Ägypten (2 Millionen Ballen); für Schafwolle: Australien mit Neuseeland, die Südafrikanische Union und Südamerika; für Seide: Italien, China und Japan; für Jute ausschließlich Britisch-Indien; für Flach: Oesterreich und Rußland; für Hanf: Italien und Rußland.

Wo kommen die Warenverkäufer her? Je rarer die einzelnen Lebens- und Bedarfsmittel werden, um so „verdienstvoller“ wird der Handel mit ihnen, um so länger wird die Kette, mit der man die Verbraucher fesselt. Welcher Art die Glieder der Kette sind, lehrt eine Prüfung der Anzeigen von Kauf- und Verkaufsangeboten in Lebens- und Bedarfsmitteln an fünf Tagen im „Berliner Tageblatt“. Von den 233 Inserenten waren 88 im neuesten Adreßbuch oder Fernsprechverzeichnis nicht aufzufinden, sie haben also entweder keine eigene Wohnung oder sind erst im Laufe des letzten halben Jahres „aufällig“ geworden. 53 bezeichnen sich als „Kaufmann“, „Vertreter“, „Agent“, nur 25 haben bereits Oktober 1915 mit der gleichen Ware gehandelt, 69 dagegen haben „umgelernt“ und kommen aus den verschiedensten Berufen. Unter diesen befinden sich: 16 Architekten, Baugeschäfte, Grundstücksvermittler und Immobilien-Gesellschaften, 10 chemische Laboratorien, Ingenieurbüros, Delhandlungen, Farben- und Badgeschäfte, drei Wäschefabrikanten, drei Sieder- und Feberhandlungen, ein Perlenschmucklager, ein Herrenartikelgeschäft, ein Lombardgeschäft, zwei Zigarren-, ein Schuhgeschäft, zwei Hotel- oder Kaffeebesitzer, eine Viecher- und Maschinenfabrik, eine Musterartenfabrik, eine Instrumenten- und Sprechmaschinenhandlung, zwei Möbelfabriken, zwei Fabriken für kinematographische Filme und Apparate, ein Piano-fabrik, ein Gelegenheitskäufer, eine Fabrik für Milchmaschinen, zwei Hersteller für Buttermaschinen, ein Rohstoffhändler, sechs Rentiers oder Rentieren, ein Leber-sekretionsbureau, vier Zeitungs- und Kunstverleger, eine Stapperierin, eine Haushälterin. Die gesuchten und angebotenen Waren sind gar nicht aufzählbar: alle Lebensmittel, Seife, Öl, Lein, Kerzen, dazu alle möglichen und unmöglichen „Ergänzungsmittel“. Die Gefahren solcher Zustände liegen auf der Hand: Diese Zwischenhändler wollen alle verdienen, alle treiben die Preise und wissen oder verstehen nichts von der Ware. Die wenigsten haben geeignete Aufbewahrungsräume. Die Ware, wenn sie endlich an den Verbraucher gelangt, ist in zahlreichen Fällen minderwertig, wenn nicht ganz verdorben, jedenfalls sinnlos verteuert. Es muß deshalb energisch gegen diesen Krebsgeschwür vorgegangen werden.

Die Schafhaltung in den einzelnen Ländern ist im Laufe der Zeit großen Veränderungen unterworfen gewesen, und sie wechselt auch heute noch in manchen Ländern von Jahr zu Jahr sehr stark. Zuverlässige Ziffern über die Stärke des Schafbestandes in den verschiedenen Staaten sind daher schwer aufzustellen, jedoch geben vielleicht die folgenden auf Schätzungen beruhenden Durchschnittsziffern einigermaßen ein Bild über die Verteilung der Schafe auf der Welt. Es hatten zuletzt an Schafen:

Australien	85 Mill.	Frankreich	17 Mill.
Ver. Staaten	53 "	Spanien	15 "
Argentinien	50 "	Ungarn	8 "
Rußland	47 "	Bulgarien	8 "
Südafrika	36 "	Rumänien	6 "
England	33 "	Deutschland	5,8 "
Neuseeland	24 "	Griechenland	3 "
Uruguay	24 "	Serbien	3 "
Britisch-Indien	19 "	Oesterreich	2,4 "

Wie man sieht, steht Deutschland mit seiner Schafhaltung heute ziemlich an letzter Stelle. Die Schafzucht ist in Deutschland ganz gewaltig zurückgegangen. Noch zu Beginn der sechziger Jahre gab es in Deutschland noch etwa 28 Millionen Schafe. Seit einiger Zeit haben jedoch auch bei uns neue Bemühungen eingesetzt, eine Wiederbelebung der Schafzucht herbeizuführen.

Der Besitzstand der Kolonialmächte. Der Weltkrieg hat in ganz besonderem Maße auch das Interesse für den Kolonialbesitz und die Kolonialpolitik wieder wachgerufen. Daher sei im folgenden eine kurze vergleichende Uebersicht über die Ausdehnung des Kolonialbesitzes der einzelnen europäischen Staaten gegeben. Die kolonialen Besitzungen umfassen zuletzt bei

	Einwohner	qkm
England	374 689 000	29 760 000
Frankreich	52 573 500	10 484 000
Holland	38 107 600	2 045 617
Belgien	20 000 000	2 385 000
Deutschland	12 286 859	2 952 900
Portugal	9 210 000	3 093 000
Italien	1 739 800	1 633 650
Spanien	640 000	440 510
Dänemark	40 545	86 459

Zu einer richtigen Würdigung dieser Zahlen gelangt man erst, wenn man die Einwohnerzahl des Mutterlandes dazu in Vergleich stellt.

Verbandsnachrichten

Bezirk Oberschlesien.

Im Juni fand in den Büroräumen Kattowitz, Beatestraße 2, eine Bezirkskonferenz statt, zu der als Delegierte folgende Kollegen erschienen waren: Joh. Florian, Beuthen; Vincent Janocha, Hindenburg; Johann Liffon, Brzyschob; Jakob Mainka, Jawiszcz; Johann Willim, Kiepich; Josef Meczk, Oberglogau; Franz Wischke, Kattowitz; Ignaz Simon, Sabinik; Franz Buhl, Kattowitz; Karl Schuba, Kochow; Johann Szyma, Walzen; Theodor Reich, St. Maffelwisch; Franz Gotsch, Alt-Kuttendorf; Josef Starzoch, Glashütte; Karl Rothtegel, Kattowitz; außerdem die Kollegen Ehrhardt und Krupa, die zurzeit in Urlaub waren. Kollege Brendel aus Koblenz, zurzeit Bezirksleiter in Kattowitz, begrüßte die erschienenen Kollegen, besonders den Kollegen Wiebeberg und übertrug die Leitung der Konferenz mit dem Einverständnis der Anwesenden dem Kollegen Krupa. Kollege Wiebeberg hielt einen Vortrag über den Verlauf der diesjährigen Tarifverhandlungen und deren Ergebnis. Näheres hierüber siehe „Bauergewerkschaft“ Nr. 20. Anschließend hieran gab er eine kurze Erläuterung über die vorläufige Gestaltung der Baukonjunktur nach einem siegreichen Kriegsende. Nach seinen Ausführungen können die Bauarbeiter voll Hoffnung seiner Zeit entgegensehen. Die Diskussion über das Ergebnis der Tarifverhandlungen läßt sich in folgenden Sätzen zusammenfassen: 1. Die Kollegen sind mit dem Ergebnis der Verhandlungen einverstanden, weil sie überzeugt sind, daß unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen war. 2. Es soll nun überall darauf gedrungen werden, daß die neuen Bestimmungen auch restlos zur Durchführung gelangen. Alle sich in dieser Beziehung ergebenden Schwierigkeiten sind dem Kollegen Brendel unverzüglich zu melden. 3. Soll dieser unbestrittene gewerkschaftliche Erfolg agitatorisch ausgenutzt werden. Beschlossen wurde: der Bezirksleiter soll die neuen Vertragsbestimmungen vervielfältigen und in die Tarifverträge einleiten, und diese sollen an die Kollegen zu 10 Pf. das Stück verkauft werden. Kollege Brendel hielt einen kurzen Vortrag über Stand des Bezirkes, über Verwaltungsangelegenheiten und Kriegsfamilienunterstützung. Der Vortrag und die Diskussion verdrängten sich zu folgenden Punkten: 1. Die Agitation unter den Arbeiterkreisen soll mit Entschiedenheit aufgenommen werden, unter Ausnutzung der Erfolge bei den Tarifverhandlungen. 2. Als zweckmäßige Agitation soll den Unorganisierten ein Agitationsbrief zugesandt werden, nachdem sollen sie in den Quartieren besucht werden. Auf den Poststellen und in den Bauhöfen soll die Agitation ständig betriebe werden. 3. Versammlungen sollen nur dort abgehalten werden, wo solche zweckmäßig sind und man sich von diesen einen Erfolg verspricht. Zu dem Punkt Kriegsunterstützung führte Kollege Wiebeberg den zahlenmäßigen Nachweis, daß unser Verband pro Mitglied durchschnittlich mehr geleistet habe, als einer der gegnerischen Verbände, daß in Rücksicht auf unser Klassenvermögen keine weitere Unterstützung bewilligt werden kann. Das Schlusswort hielt Kollege Ehrhardt, seine gediegenen und sehr interessanten Darlegungen fanden den ungeteilten Beifall aller Kollegen. Er stellte einen interessanten Vergleich zwischen den Kollegen in der Heimat und jenen im Felde und in der Kaserne, und kam zu dem einzigen richtigen Schluss: daß ein Tag Schützengrubendienst an jeden einzelnen Mann wesentlich mehr Anforderung stelle, als die fleißigste Agitationsarbeit eines Kollegen während der ganzen Kriegszeit; daß mancher alte Landsturmmann lieber jahrelang jegliche Agitationsarbeit leisten wolle, als nur eine Woche den ungewohnten Militärdienst bei knapper Kost mitzumachen. Diese Tatsachen sollten die Kollegen in der Heimat anspornen, ihr möglichstes für die Verbandsache und die eingezogenen Kollegen zu tun, nachdem letztere fast Uebermenschliches für andere, auch für die Kollegen in der Heimat, leisten müssen. Ein zu Beginn der Konferenz vorgelesener Brief des Kollegen Golla, der in gleichem Sinne geschrieben war, wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen, ebenso ein freundlicher Kartengruß von Kollege Gajzmeier. Nach einigen Worten des Dankes und Aufforderung zur zielbewußten Weiterarbeit konnte Kollege Krupa die Konferenz um 1/2 Uhr schließen.

Hildesheim. Nachdem der Tarif für das Baugewerbe seine Erledigung gefunden hat, sind wir genötigt, laut Statut, unsere Wochenbeiträge zu erhöhen. Es muß daher ab 1. Juli jede abgeschlossene Zahlstelle ihre Wochenbeiträge um 5 Pf. erhöhen. Wir sind der Ansicht, daß kein Kollege hieran Anstoß nehmen wird, denn diese Erhöhung entspricht nur dem Verbandsstatut, also einer unbedingten Pflicht. Dieses ist auch um so leichter, da der Lohn für Hildesheim in diesem Jahre bis zum 1. September um 10 Pf. und in den übrigen Zahlstellen Vorfurt, Harsum, Dinklar, Dingen, Söhre, Ugermissen und Salzdetfurth um 8 und 9 Pf. erhöht wird. Wir bitten alle Vorstände, streng darauf zu achten, daß dieses in jeder Zahlstelle durchgeführt wird, da auch diese kleine Erhöhung den Kollegen wieder zugute kommt bei dem Bezuge von Kranken- und Sterbeunterstützung. Auch dürfen wir nicht vergessen die große Unterstützung, welche unsere Hauptkasse geleistet hat für unsere Kriegsteilnehmer, denn diese haben ein großes Anrecht, zu erwarten, daß unsere Organisation auch während dieses Weltkrieges innerlich gestärkt wird. Der Vorstand.

Die Schulden des Erblässers

I.
R. Bei weitem nicht alle Menschen sterben ohne Schulden. Der eine hat den Preis für einen gekauften Gegenstand noch nicht bezahlt, der andere ein Darlehen noch nicht zurückgegeben, ein dritter ist mit der Rente im Rückstand usw.

